



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 26.04.2022 – Auszug aus Drucksache 18/22487 –

Frage Nummer 66 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Arif
Taşdelen**
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Telefonate und Kontakte gab es 2020 im Einzelnen im Rahmen der Coronabeschaffungen zwischen Frau Karin Baumüller-Söder, ihrem Bruder Andreas Baumüller und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern der Baumüller-Gruppe einerseits und der Staatsregierung andererseits (bitte unter Angabe des jeweiligen Datums und der Beteiligten auf beiden Seiten), insbesondere auch mit Amtschef Dr. Winfried Brechmann im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, von wem ging der Kontakt aus und welche Verträge oder Vertragsverhandlungen gab es generell in den letzten fünf Jahren mit der Nürnberger Firma Baumüller GmbH & Co. KG bzw. der Baumüller Gruppe und der Staatsregierung bzw. nachgeordneten Behörden oder staatlichen Beteiligungen (bitte unter Nennung des jeweiligen Datums, aller Beteiligten auf beiden Seiten und dem Inhalt der jeweiligen Kommunikation)?

Antwort des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Das Handeln der Staatsregierung bei der aufgrund der dramatischen Notlage im Frühjahr 2020 dringend erforderlichen Beschaffung von Schutzausrüstung erfolgte nach Recht und Gesetz. Hierzu gehörte insbesondere, allen Hinweisen auf Beschaffungsmöglichkeiten nachzugehen und diese ohne Ansehen von Personen durch die für die Beschaffung zuständigen Stellen überprüfen zu lassen.

Die Baumüller-Gruppe reichte am 21. April 2020 ein Angebot über Masken beim für die Beschaffung von Schutzausrüstung zuständigen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) ein. Vorausgegangen war Anfang April 2020 ein einziges Telefonat zwischen der Amtsleitung des StMGP und Frau Baumüller-Söder, um grundsätzlich zu erörtern, wie die Baumüller Gruppe ihre Kontakte zur Beschaffung von Schutzausrüstung bestmöglich bei der Bekämpfung der Pandemie einsetzen könnte. Ein Vertragsabschluss bzw. ein Austausch von Leistungen erfolgte nicht.

Was die weiteren Fragen angeht, wird auf die Beantwortung der Schriftlichen Anfragen der Abgeordneten Ebner-Steiner vom 18. März 2021 und 12. April 2021, Drs. 18/16316 und 18/16317 verwiesen.